

## Studien und Analysen 08/2017

### Untersuchungshaft bei der sowjetischen Geheimpolizei. Die Berliner Haftstätten 1945 bis 1955

Teilveröffentlicht in: Niko Rollmann (Hg.): Reise durch den Untergrund. Architektur, Geschichte und Konstrukt. Unter Mitwirkung von Sebastian Machleb. Berlin 2013, S. 82-112.

Von Peter Erler

Ab Ende April 1945 begannen in den von der Roten Armee okkupierten mitteldeutschen Gebieten die sowjetischen Geheimdienste mit vorbereiteten und zielgerichteten Verhaftungsaktionen unter der Zivilbevölkerung. Diese repressiven Maßnahmen hatten zwar nicht die Dimension wie in den ostdeutschen Gebieten jenseits der Oder/Neiße-Linie, nahmen jedoch für jedermann sichtbar ein erschreckendes Ausmaß an. Insgesamt wurden auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR bis in die fünfziger Jahre hinein schätzungsweise über 200.000 Zivilisten deutscher Staatsangehörigkeit eingekerkert und interniert. Davon wurden allein 35.000 durch sowjetische Militärtribunale (SMT) und durch Sonderberatungen (Osoboje Soveschanje – OSO) zu langjährigen Haftstrafen oder zum Tod durch Erschießen verurteilt.

Dieser Personenkreis war existential von einer Okkupationspolitik betroffen, bei der sich zunächst radikale und oft willkürliche Maßnahmen zur Abrechnung mit den Unterstützern des Nationalsozialismus sowie zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit zunehmend mit zielgerichteten Aktivitäten bei der Transformierung der ostdeutschen Gesellschaft nach sowjetischem Vorbild verschränkten. Zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele griff die östliche Siegermacht auf Repressiv- und Terrorpraktiken zurück, die in der damaligen UdSSR zur alltäglichen Herrschaftspraxis gehörten.

Die verhafteten Personen durchliefen in der Regel mehrere Haftanstalten auf deutschem Boden, häufig aber auch im heutigen Polen und in der Sowjetunion. Zunächst kamen sie nach ihrer Verhaftung in die Arrestlokale, Untersuchungsgefängnisse und Verhörzentralen der sowjetischen Sicherheitsdienste – Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD), ab 1946 Ministerium für Staatssicherheit (MGB) und Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ („Tod den Spionen“) beim Volkskommissariat für Verteidigung. Hier wurden sie zumeist erstmals und sogleich in äußerst brutaler Form unmittelbar mit den Herrschaftspraktiken des Sowjetkommunismus, mit seinem Sicherheitsapparat und Justizwesen sowie mit dessen Kadern konfrontiert. Der Zwangsaufenthalt in den Gewahrsams-einrichtungen war geprägt von äußerst extremen Haftbedingungen und brutalen Vernehmungspraktiken. Er hinterließ bei den überlebenden Betroffenen oft große seelische und körperliche Verletzungen. Weitere Stationen einer oft jahrelangen Odyssee waren nach der Vernehmungsphase und eventueller Verurteilung für die überwiegende Mehrheit der Gefangenen sogenannte Speziallager des NKWD/Innenministerium (MWD). Viele Frauen und Männer mit einem sowjetischen Urteil mussten einen Teil ihrer Leidenszeit in Strafearbeitslagern der Sowjetunion oder ab 1950 in Zuchthäusern der DDR verbringen.

Universitäre Einrichtungen, Gedenkstätten und Initiativen von Betroffenen haben sich seit Beginn der neunziger Jahre schwerpunktmäßig mit der zweiten Gewahrsamsphase und hier insbesondere mit den sowjetischen Speziallagern befasst und diesbezüglich einen

## Studien und Analysen 08/2017

anerkannten Aufarbeitungs- und Erkenntnisstand erreicht.<sup>1</sup> Weniger günstig sieht die Situation hinsichtlich der sowjetischen Untersuchungshaftanstalten aus. Hier existiert immer noch ein Wissens- und Publikationsdefizit. Desgleichen wurden die ehemaligen Haftorte nur vereinzelt mit Gedenk- oder Hinweistafeln bedacht.<sup>2</sup>

### **Die Sowjetische Geheimdienstapparate in der SBZ und Berlin**

Die ersten Haftenrichtungen für deutsche Zivilisten westlich der Oder/Neiße-Linie entstanden während der Großoffensive der Roten Armee auf Berlin im April 1945. In den folgenden Wochen und Monaten überzogen die sowjetischen Geheimdienste das eroberte Gebiet mit einem engmaschigen Netz aus Arrestlokalen und Untersuchungsgefängnissen. Glaubt man den Berichten der Zeitzeugen, so gab es während der ersten Wochen der Besatzungszeit in fast jeder größeren Häuseransammlung entsprechende Gewahrsamsräume. Sie gehörten zunächst zum Verantwortungsbereich der NKWD-Bevollmächtigten bei den Fronten. Diese hochrangigen Geheimdienstmitarbeiter leiteten und koordinierten die „Säuberung“ des Hinterlandes der Roten Armee von „feindlichen Elementen“. Als normative Grundlage ihres Vorgehens galt der vom Volkskommissar für Inneres Lawrenti Berija erlassene berüchtigte Befehl Nr. 00315, der verschiedene Personengruppen wie zum Beispiel „aktive Mitglieder der NSDAP“, „Führer der faschistischen Jugendorganisationen“, „Angehörige ... deutscher Terrororgane“ auflistete, deren Angehörige pauschal in Verwahrung genommen werden sollten.<sup>3</sup> Die Verhaftungen nahmen als operative Gruppen (Opergruppen) bezeichnete Einheiten vor.

Nach der Kapitulation des NS-Regimes und der Bildung der Sowjetischen Militäradministration (SMA) am 6. Juni 1945 wurden alle Opergruppen des Volkskommissariats für Inneres in der SBZ und deren Gefängnisse dem nunmehrigen NKWD-Bevollmächtigten bei der Gruppe der sowjetischen Besatzungstreitkräfte (GSBS) in Deutschland, Generaloberst Iwan A. Serow, unterstellt. Der erfahrene Tschekist, der gleichzeitig stellvertretender Chef der SMA für Zivilangelegenheiten war, organisierte die Tätigkeit der von ihm kommandierten, zunächst etwa 800 Geheimdienstmitarbeiter, nach dem Territorialprinzip.<sup>4</sup> In den ostdeut-

- <sup>1</sup> Zum Beispiel: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Hrsg. von Sergej Mironenko, Lutz Niethammer, Alexander von Plato in Verbindung mit Volkhard Knigge und Günter Morsch. Bd. 1: Studien und Berichte. Hrsg. und eingeleitet von Alexander von Plato. Berlin 1998; Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Hrsg. dies., Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. Eingeleitet und bearbeitet von Ralf Possekel. Berlin 1998. Zum Forschungsstand siehe auch: Enrico Heitzer: Speziallagerforschung und Gedenkstättenarbeit seit 1990, in: Moskauer Spuren in Ostdeutschland 1945 bis 1949. Aktenerschließung und Forschungspläne. Herausgegeben von Detlev Brunner und Elke Scherstjanoi. Berlin/Boston 2015, S. 109-119.
- <sup>2</sup> In Ostberlin wurden vier ehemalige sowjetische Gefängnisse mit Gedenktafeln bedacht. Für das Haus 3 in der Prenzlauer Alle 63 erfolgte 2005 die Installation eines Denkzeichens. Volker Wild/Bernt Roder (Hrsg.): Haus 3. Haftort des sowjetischen Geheimdienstes und der Staatssicherheit in Berlin-Prenzlauer Berg, Berlin 2011.
- <sup>3</sup> Befehl des Volkskommissars für Inneres Nr. 00315 vom 18. April 1945 „Zur teilweisen Abänderung des Befehls des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945, in: Mironenko/Niethammer/Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 178/79.
- <sup>4</sup> Siehe ausführlich: Jan Foitzik/Nikita W. Petrow: Die sowjetischen Geheimdienste in der SBZ/DDR von 1945 bis 1953 (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 17). Berlin/New York 2009; Nikita Petrow: Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland. Der leitende Personalbestand der Staatssicherheitsorgane der UdSSR in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der DDR von 1945–1954. Berlin 2010.

## Studien und Analysen 08/2017

schen Ländern/Provinzen und Berlin entstanden ab Juni 1945 sechs Operative Sektoren, auch „Opersektoren“ genannt. Diese wiederum waren in Bezirke und Kreise untergliedert. Auf allen diesen Ebenen agierten unterschiedlich große Opergruppen. Die kleinsten von ihnen bestanden aus vier bis acht Offizieren, mehreren Dolmetschern und etwa zehn Soldaten der Inneren Truppen des NKWD.<sup>5</sup> Zum Aufgabenbereich letzterer gehörte auch die Bewachung der Haftstätten und die Eskortierung von Gefangenentransporten.<sup>6</sup>

Der Apparat des NKWD-Bevollmächtigten war dezentral untergebracht. Serow selbst und ein Teil seiner Mitarbeiter residierten in der Wilhelmstraße 29 (heute Alt Nowawes) in Potsdam-Babelsberg. Die Offiziere der deutschlandzentralen Ermittlungsgruppe übten ihr „Handwerk“ gemeinsam mit ihren Kollegen vom Opersektor des Landes Brandenburg im Untersuchungsgefängnis in der Potsdamer Lindenstraße 54/55 aus. Bis Anfang Januar 1946 wuchs in der SBZ der expandierende NKWD-Apparat auf 2.230 Personen an. Zu diesem Zeitpunkt waren sie in sechs Sektoren-, 18 Bezirks- und 170 Kreisopergruppen tätig. Außerdem existierten Opergruppen mit Sonderaufgaben. Dazu gehörten in Berlin die Opergruppe für Bandenbekämpfung, eine Opergruppe die nach emigrierten georgischen Nationalisten fahndete sowie die spezielle Opergruppe bei der Sächsischen Bergbauverwaltung „Wismut“ und ab 1947 die Gruppen in den sowjetischen Speziallagern.

Für die Unterbringung der verhafteten Personen standen Anfang 1946 in den Sektoren und Bezirken 15 „Innere Gefängnisse“ zur Verfügung. Auf der untersten Verwaltungsebene in Dörfern, Städten und in Kreisen existierten 131 kleinere Untersuchungsgefängnisse, sogenannte Untersuchungshafträume (Kamery predwaritelnowo sakljutschenija).<sup>7</sup> Im behördeninternen Sprachgebrauch und Schriftverkehr der sowjetischen Geheimdienste wurden sie mit dem Kürzel „KPS“ bezeichnet. Nach Mai 1946 wurde die Anzahl der SMAD-Bezirksverwaltungen und in diesem Zusammenhang auch die NKWD-Bezirksopergruppen auf zwölf reduziert.

Die auf den verschiedenen administrativen Ebenen wirkenden Opergruppen waren aus Gründen der Tarnung zunächst formal in den Apparat der SMAD eingebunden.<sup>8</sup> Nach außen hin waren sie nicht speziell gekennzeichnet und konnten von der deutschen Bevölkerung in der Anfangsphase der Besetzung nicht von den lokalen Militärkommandanturen unterschieden werden. Vielfach wurden sie mit diesen verwechselt. Zu derartigen Irritation trug zusätzlich bei, dass auch im Rahmen des Kommandantur- und Patrouillendienstes im größeren Umfang Verhaftungen stattfanden. Die Hauptwachen und KPS der Kommandan-

5 Norman M. Naimark: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1997, S. 477.

6 Siehe: Verfügung des Bevollmächtigten des NKWD in Deutschland Generaloberst Serow Nr. 002465 vom 27. August 1945, in Foitzik/Petrow, Geheimdienste, S. 156/157. Bis zum 23. Oktober 1945 trugen diese Einheiten die Bezeichnung „NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Gruppe der sowjetischen Besatzungstreitkräfte in Deutschland.“ Im Januar 1947 wurden sie dem Ministerium für Staatssicherheit (MGB) unterstellt.

7 Siehe: Militärwörterbuch. Russisch-Deutsch. Berlin 1979.

8 Vladimir Sacharow/Dimitrij Filippowich/Michael Kubina: Tschekisten in Deutschland. Organisation, Aufgaben und Aspekte der Tätigkeit der sowjetischen Sicherheitsapparate in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945-1949), in: Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Hrsg. Von Manfred Wilke (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin). Berlin 1998, S. 301. Die Opergruppen und ihre Mitarbeiter wurden auch von der SMAD finanziert. Ebenda, S. 311.

## Studien und Analysen 08/2017

turen waren ständig mit deutschen Zivilisten belegt,<sup>9</sup> denen man Verstöße gegen Befehle und Anordnungen der Besatzungsmacht unterstellte. 1946 waren davon allein 108.354 Personen betroffen. 15.088 von ihnen wurden wiederum in die Gefängnisse der geheimpolizeilichen Opergruppen überstellt.<sup>10</sup>

Eine vergleichsweise geringe Anzahl von Gefängnissen und Verhörzentren in der SBZ gehörte zur Struktur der militärischen Spionageabwehr „Smersch“. Dieser selbständige Armeegeheimdienst unterstand als Hauptverwaltung unmittelbar dem Volkskommissariat für Verteidigung. In Ostdeutschland waren die „Smersch“-Verwaltungen bzw. -Abteilungen und die dazugehörigen Opergruppen auf der Ebene der Armeen und Divisionen organisiert. Die Deutschland-Zentrale der militärischen Spionageabwehr siedelte sich in einem Sperrgebiet (Militärstädtchen Nr. 7) in der Nauener Vorstadt in Potsdam an. Ihr Stabsquartier befand sich im Gebäude der ehemaligen „Kaiserin-Augusta-Stiftung“ in der Albrechtstraße 19-24 (heute Am Neuen Garten 30-32).<sup>11</sup>

Wie so oft bei Geheimdienststrukturen eines Landes herrschte auch zwischen den NKWD-Gruppen und den „Smersch“-Einheiten eine permanente Rivalität. Obwohl die militärische Spionageabwehr eigentlich einen anderen Aufgabenschwerpunkt hatte, konkurrierte sie beispielsweise in den ersten Nachkriegswochen mit den NKWD-Organen bei der massenhaften Verhaftung deutscher Zivilisten. Die institutionellen Spannungen zwischen beiden Diensten wurden zusätzlich noch durch das interne Machtgerangel und die starken persönlichen Antipathien zwischen Serow und dem „Smersch“-Chef Wiktor Abakumow angeheizt.<sup>12</sup> Im Gegensatz zu den Bestrebungen Serows, einen zentralen, von ihm geleiteten Geheimdienstapparat für die SBZ aufzubauen, weigerte sich Abakumow, die Führung und Aufsicht der dort agierenden „Smersch“-Opergruppen und deren Untersuchungsgefängnisse an den NKWD-Bevollmächtigten abzutreten. An einer Konzentration aller sicherheitspolizeilichen und geheimdienstlichen Befugnisse in Deutschland beim NKWD war auch Stalin nicht interessiert. Er favorisierte schließlich das Modell zweier miteinander konkurrierender und sich gegenseitig kontrollierender Strukturen.

9 In diesem Zusammenhang kam es nicht selten vor, dass auch die Arrestzellen der deutschen Polizei von den Kommandanturen in Anspruch genommen wurden. Davon zeugt z.B. der Monatsbericht der Inspektion Prenzlauer Berg vom 3. Juni 1948. Darin heißt es: „Dem Polizei-Revier 61 [Diesterwegstraße 1/Ecke Danziger Straße] werden laufend zwangsgestellte Personen von der russischen Bezirks-Kommandantur [in der Prenzlauer Allee 63] zugewiesen, mit der Anordnung, dieselben bis zum Abruf festzuhalten. Es kommt sehr häufig vor, daß derartige Personen mehrere Wochen auf dem Polizeirevier verbleiben müssen. Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep. 303/9, Nr. 24, Bl. 15 RS. Siehe auch: Andreas Herz/Wolfgang Fiege: Haft und politische Polizei in Thüringen 1945-1952. Zur Vorgeschichte der MfS-Haftanstalt Erfurt-Andreasstraße. Herausgegeben vom Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Erfurt 2002, S. 57.

10 W. W. Sacharow, D. N. Filippowych, M. Heinemann: Materialien zur Geschichte der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1945-1949. Wissenschaftliches Nachschlagwerk. 2. Auflage (Gewaltstrukturen der SMAD), Moskau 1999 (russisch), S. 258.

11 Siehe a.u.: SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945-1949. Hrsg. von Horst Möller und Alexandr O. Tschubarjan. R. Oldenburg Verlag 2009, S. 73 ff.

12 Siehe ausführlich: Nikita Petrov: General Ivan Serov – der erste Vorsitzende des KGB, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, Heft 2/1998, S. 176 ff; ders.: Iwan Serow. Der erste Vorsitzende des KGB. Moskau 2005 (russisch). Zur Persönlichkeit Abakumows vgl. u. a.: Christopher Andrew/Oleg Gordiewsky: KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow. 2. Auflage, München 1990, S. 437 ff; O. S. Smyslow: General Abakumow. Henker oder Opfer? Moskau 2012 (russisch).

## Studien und Analysen 08/2017

Noch vor dem Sturm der Roten Armee auf Berlin ließ Serow die Reichshauptstadt in 20 operative Abschnitte einteilen. Am 22. April 1945 wurden die dazugehörigen Opergruppen gebildet. Ihre Nummerierung deckte sich mit denen des Verwaltungsbezirks, in dem ihr Hauptwirkungsbereich lag. So operierte z.B. die 4. Gruppe im Stadtbezirk Prenzlauer Berg, die 5. in Friedrichshain und die 16. in Köpenick. Angeleitet und koordiniert wurden sie von einer Zentralen Opergruppe (ZOG).<sup>13</sup> Als deren Chef fungierte zunächst Generalmajor Grigori A. Melnikow und ab der zweiten Maihälfte 1945 Generalmajor Alexej M. Sidnew, der wie sein Vorgänger ein „Smersch“-Kader der 1. Belorussischen Front war.<sup>14</sup> Der Apparat der ZOG, mit der Formierung der Opersektoren im Juni 1945 als Zentraler Opersektor (ZOS) bezeichnet, befand sich zunächst in der Prinzenallee 80 (heute Einbecker Straße 41) in Berlin-Friedrichsfelde.<sup>15</sup>

Eine weitere zentrale NKWD-Opergruppe, bestehend aus zwei Unterabteilungen, wurde beim Stab der zur 1. Belorussischen Front gehörenden Inneren Truppen des NKWD gebildet. Sie nahm am 3. Mai 1945 im Zentrum Berlins ihre Tätigkeit auf. Ihr gehörten neben sowjetischen Geheimdienstoffizieren auch zwölf deutsche Agenten an. Geleitet wurde sie bis 1946 vom stellvertretenden Chef der Aufklärungsabteilung der Inneren Truppen Oberst Iwan Antonjuk.<sup>16</sup>

Auf Weisung der Besatzungsmacht mussten sich insbesondere in den ersten Nachkriegsmonaten auch die neu formierten und gesäuberten deutschen Polizeikräfte an den Überprüfungen und Verhaftungen von NS-Aktivisten, von Mitarbeitern der unterschiedlichsten Verwaltungs- und Regierungsdienststellen sowie von anderen vermeintlich belasteten und verdächtigen Zivilisten beteiligen. In Berlin waren die entsprechenden Personenkategorien u.a. in geheimen Rundschreiben der Polizei-Inspektionen aufgelistet, die den Berija-Befehl Nr. 00316 zur Grundlage hatten.<sup>17</sup> Die „Hilfsdienste“ für die sowjetische Geheimpolizei banden im Sommer 1945 einen beträchtlichen Teil des Personalbestands der Schutzpolizei. Wie die Polizei-Inspektion Köpenick beispielsweise an ihre vorgesetzte Dienststelle meldete, nahm „Das Heranholen und Vorführen der NSDAP-Leute für die NKWD [...] den größten Teil der Einsatzstärke in Anspruch.“ Hinsichtlich der Ausmaße der Verhaftungsaktion hieß

13 Darüber hinaus war ursprünglich auch die Bildung von gesonderten Opergruppen in den Stadtteilen Friedenau und Moabit vorgesehen. W. P. Jampolskii: Die Staatssicherheitsorgane im Großen Vaterländischen Krieg. Dokumentensammlung. Band 6: (Der Sieg. 1. Januar – 9. Mai 1945). Moskau 2014 (russisch), S. 411/12.

14 Petrow, Geheimdienstmitarbeiter, S. 13.

15 Nach neuesten Forschungen war das NKWD außer für die Massenverhaftungen nach Befehl Nr. 00315 im Mai/Juni 1945 auch für den Aufbau neuer deutscher Verwaltungsstrukturen zuständig. Unterstützt wurde es dabei von drei Gruppen deutscher Exilkommunisten aus Moskau. In Berlin war die zentrale KPD-Gruppe unter Leitung des Spitzenkaders Walter Ulbricht seit dem 8. Mai 1945 gemeinsam mit der ZOG in der Prinzenallee 80 untergebracht. Vgl. „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation. Mit einem Geleitwort von Wolfgang Leonhard. Herausgegeben und eingeleitet von Gerhard Keiderling. Berlin 1993; Nikita Petrow: Nach dem Szenarium Stalins: Die Rolle der Organe des NKWD-MGB der UdSSR bei der Sowjetisierung der Länder Zentral- und Osteuropas in den Jahren 1945-1953. Moskau 2011 (russisch), S. 20 ff.

16 Michail Semirjaga: Wie Berijas Leute in Ostdeutschland die „Demokratie“ errichten, in: Deutschland Archiv, H. 5. 1996, S. 746. Diese Opergruppe organisierte auch Razzien und Massenverhaftungen. Siehe zum Beispiel den Bericht über eine Razzia auf dem Schlesischen Bahnhof am 19. November 1945, in: Fiotzik/Petrow, S. 236/237.

17 Siehe zum Beispiel Anhang 1.

## Studien und Analysen 08/2017

es im gleichen Bericht für den Monat Juli 1945: „Von den vielen Hunderten vorgeführten Nazis wurden in unserem Bezirk seit Beginn unserer Tätigkeit nach dem Zusammenbruch 754 (ohne Schmöckwitz) in Haft genommen und abtransportiert.“<sup>18</sup> Angesichts der Begleitumstände nahmen die betroffenen Personen die Gewahrsamsräume auf den deutschen Polizeirevieren vielfach bereits als sowjetische Gefängnisse wahr. Verstärkt wurde dieser Eindruck dadurch, daß die NKWD-Offiziere in vielen Fällen dort bereits die ersten Verhöre durchführten.<sup>19</sup>

Im Frühjahr 1946 erfolgte in Moskau eine Umstrukturierung der sowjetischen Geheimdienste. Die Hauptverwaltung Spionageabwehr wurde vom Verteidigungsministerium<sup>20</sup> abgetrennt und unter Verzicht auf die Abkürzung „Smersch“ als 3. Hauptverwaltung in die Struktur des Ministeriums für Staatssicherheit (MGB) eingeordnet. An dessen Spitze stellte das KPdSU-Politbüro den neuen Favoriten Stalins und bisherigen „Smersch“-Chef Wiktor Abakumow. Gleichzeitig beschloss das Parteigremium die gesamte „operativ-tschechistische Arbeit“ und die Untersuchungstätigkeit in der SBZ dem MGB zu unterstellen. Als Folge dieser Neuregelung wurde der Stellvertretende MGB-Minister Generalleutnant Nikolaj K. Kowaltschuk im August 1946 zum Bevollmächtigten des MGB in Deutschland ernannt. Im Verlauf der Monate September und Oktober übernahm er die Leitung der bis dahin dem NKWD/MWD-Bevollmächtigten Serow unterstehenden Opersektoren in der SBZ mit dem entsprechenden Personal und den dazugehörigen Immobilien inklusive der Untersuchungsgefängnisse und anderen Haftunterkünfte. Die ursprünglichen MWD-Opersektoren wurden ab November 1946 als „operative MGB-Sektoren“ bezeichnet und die Opergruppen 1947 auf allen Ebenen in Abteilungen (Operabteilungen) umbenannt. Gleichzeitig löste sie Kowaltschuk aus der bisherigen formalen Einbindung im SMAD-Apparat heraus. Ein Großteil des umfangreichen Leitungsapparats des MGB-Bevollmächtigten war in dem Straßenkarré Waldowstraße 43-56/Scharnweber Straße 5-7/Treskowstraße 10-20 (heute Manetstraße)/Lindenweg 3-7 in der Nähe des Obersees in Berlin-Hohenschönhausen untergebracht.<sup>21</sup>

### **Untersuchungshafteinrichtungen der sowjetischen Geheimdienste in Berlin 1945**

Ab Ende April 1945 entstand in allen Ortsteilen und Stadtbezirken der eroberten Reichshauptstadt eine große Anzahl von zunächst provisorisch eingerichteten Haft- und Unter-

18 Monatsbericht der Polizei-Inspektion Köpenick an das Kommando der Schutzpolizei vom 1. August 1945, LAB, Rep. 146/1, Nr. 49.

19 Berner, Spezialisten, S. 76/77. Auf diesen Irrtum basierend deklarierte das Heimatmuseum Köpenick einige Polizeidienststellen unberechtigterweise zu „NKWD-Gefängnissen“ und initiierte die Anbringung einer Gedenktafel in der heutigen Seelenbinderstraße 99. Sabine Flatau: „Sicher und unauffällig“ ließ der NKWD Menschen verschwinden. Heimatmuseum forscht nach Tatorten und Opfern des sowjetischen Geheimdienstes, in: Berliner Morgenpost vom 14. März 1999. Leider hat auch der Autor dieser Zeilen die fehlerhaften Angaben des Heimatmuseums unkritisch übernommen und in einer ersten Darstellung über die Berliner Haftkeller publiziert: GPU-Keller. Arrestlokale und Untersuchungsgefängnisse sowjetischer Geheimdienste in Berlin (1945 – 1949). Eine Dokumentation, zusammengestellt und eingeleitet von Peter Erler. Unter Mitarbeit von Ekkehard Schultz. Herausgeber: Bund der Stalinitisch Verfolgten e. V. Landesverband Berlin – Brandenburg. Berlin 2006.

20 Gleichzeitig erfolgte die Umbenennung aller Volkskommissariate in Ministerien.

21 Peter Erler: Der sowjetische Geheimdienstbevollmächtigte am Berliner Obersee. Neue Quellen aus Moskauer Archiven, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes, Ausgabe Nr. 26/2009, S. 61-67.

## Studien und Analysen 08/2017

suchungseinrichtungen.<sup>22</sup> Neben den Stützpunkten der 20 Opergruppen gehörten dazu die KPS und Sammelpunkte der unterschiedlichsten Armeeeinheiten. Dabei wählten die NKWD- und „Smersch“-Organe für ihre Zwecke Gebäude aus, die ausgehend von ihrer ursprünglichen Nutzung für die spezifische Tätigkeit von Geheimdienst- bzw. Geheimpolizeidienststellen in der Regel nicht geeignet waren. Zumeist handelte es sich dabei um Gewerbe- und Verwaltungsgebäude, Wohnhausanlagen oder größere Villen. Einquartierungen in Polizeistandorte, wie am Kaiserdamm 1 in Charlottenburg oder in der Kleine[n] Alexanderstraße 21-24 in Mitte, sowie in Justizgefängnissen, wie in der Magdalenenstraße 14 in Lichtenberg, stellten die Ausnahme dar. Die besetzten Häuser mussten die Bewohner oder andere Nutzer meist unter Zurücklassung der Einrichtungsgegenstände innerhalb weniger Stunden verlassen. Bis auf die genannten Sonderfälle wurden die festgenommenen Personen vorwiegend im Souterrain bzw. in Kelleretagen eingesperrt.<sup>23</sup> Aus diesem Grunde und in Anlehnung an den 1941/42 entstandenen NS-Propagandafilm „GPU“<sup>24</sup> wurden diese sowjetischen Hafteinrichtungen im Volksmund bald als „GPU-Keller“ bezeichnet.

Weitreichende Auswirkungen auf das Agieren der sowjetischen Geheimdienste in Berlin hatte der Einmarsch der westlichen Alliierten Anfang Juli 1945 in den Westteil der Stadt. Er war u.a. der Anlass für eine Reihe von Standortverlegungen und Neuformierungen bzw. Umgruppierungen im Bereich des NKWD-Opersektors. Vier Opergruppen und ihre KPS wurden in das Berliner Umland nach Falkensee, Glienicke/Nordbahn, Groß Glienicke und Teltow/Seehof umgesetzt. Die nunmehrige Präsenz der britischen, französischen und US-amerikanischen Besatzungstruppen hielt sie jedoch nicht davon ab, auch weiterhin Verhaftungen in ihren ehemaligen Wirkungsbereichen in Westberlin durchzuführen.<sup>25</sup> Sechs Opergruppen mit Personal und Gefangenen ließ Generalmajor Sidnew in den Ostteil der Stadt verlegen. Dort wurden sie kurz darauf aufgelöst. Offiziere der Opergruppe Nr. 7 bildeten die personelle Basis für die etwa im August 1945 neu geschaffene 1. Abteilung des ZOS. Sie galt als „Geheime politische Abteilung“ und hatte ihren Sitz mit KPS in der Marienstraße in Mitte.<sup>26</sup> Etwa im Juli 1945 formierte sich in der Elsässer Straße (heute Torstraße) 8 und 85 im Stadtbezirk Mitte die 2. Abteilung des ZOS. Ihr späterer Tätigkeitsschwerpunkt war die Spionageabwehr. Zu den ersten Untersuchungsgefangenen, die dort im Kellergeschoss eingesperrt waren, gehörte der Schauspieler Heinrich George.<sup>27</sup> Im August 1946 zog die 2. Abteilung in die Prenzlauer Allee 63 um. In diesem Gebäudekomplex des Stadtbezirksgesundheitsamtes von Prenzlauer Berg waren bereits die 4. Opergruppe und die für allgemeine Ermittlungen zuständige 4. Abteilung des ZOS einquartiert. Alle drei Geheimdienststrukturen nutzten gemeinsam den Haftkeller im Haus 3, welcher als Inneres

22 Dem Autor liegen Angaben zu über 100 Gewahrsamsorten in Berlin vor.

23 Zeitzeugen berichten aber auch von der Haft in Lagerräumen, Stallanlagen und Schuppen.

24 Staatliche Politische Verwaltung (GPU) war die Bezeichnung für den sowjetischen Geheimdienst zu Beginn der dreißiger Jahre. Der antisowjetische UFA-Film GPU wurde unter Regie von Karl Ritter im Jahre 1941/42 gedreht.

25 Einige der in das Land Brandenburg verlegten Berliner Opergruppen existierten bis Sommer 1946.

26 Über die Zustände im KPS in der Marienstraße siehe z. B.: Victor de Kowa: Als ich noch Prinz war von Arkadien. Nürnberg 1955, S. 308 ff.

27 Peter Erler: Verhaftungen, Internierung und viel Theater. Die letzten Monate von Heinrich George in Berlin (Mai 1945 – Juli 1946) – Teil II, in: ZfD, Ausgabe Nr. 27/2010, S. 23 ff.

## Studien und Analysen 08/2017

Gefängnis betrieben wurde.<sup>28</sup> Den gleichen Status hatte das Gefängnis Nr. 6 in der Magdalenenstraße 14. Wie in der Prenzlauer Allee verhandelte dort regelmäßig ein Militärtribunal und verhängte drakonische Strafen. Anzunehmen ist, dass im Gefängnis Nr. 6 bis 1946 auch die Todesstrafe vollstreckt wurde.

Anfang Juli 1945 zog auch der ZOS aus der Prinzenallee in die Luisenstraße – vermutlich in das Haus Nr. 60 – in Mitte um. Auf der Straßenseite gegenüber der Charité etablierte sich zu dieser Zeit die sowjetische Machtzentrale von Ostberlin. In der Nummer 46 befand sich die Stadtkommandantur. In ihrer unmittelbaren Nachbarschaft war die Berliner Leitstelle der Spionageabwehr „Smersch“ untergebracht. Ungeklärt ist, welcher Geheimdienststruktur die zumindest 1945 existierende Hafteinrichtung in der Luisenstraße 56 (Gebäude der Veterinärmedizinischen Fakultät der Berliner Universität) unterstand. In Frage kommen sowohl der ZOS als auch die Spionageabwehr. Der „Smersch“-Verwaltung konnte in Berlin bislang nur das Untersuchungsgefängnis in der Lindenstraße 49 im Stadtbezirk Köpenick eindeutig zugeordnet werden. In dieser Jugendstilvilla<sup>29</sup> tagte gleichfalls ein SMT. Die dort verurteilten Häftlinge wurden 1945 vor ihrem Abtransport in den Gulag im Haus „Hessen“ des ehemaligen Olympischen Dorfes in Dallgow-Döberitz, dem damaligen Stationierungsstandort der 5. Stoßarmee,<sup>30</sup> „zwischengelagert“.

Anzumerken ist, dass eine Reihe von „Smersch“-Opergruppen der noch im Mai 1945 aus Berlin wieder abgezogenen und dann im Brandenburger Umland stationierten sowjetischen Militäreinheiten, parallel zu den NKWD-Strukturen und ohne Abstimmung mit diesen aus der Stadt auch in der Folgezeit aus ihrer Sicht verdächtige oder gefährliche Personen verschleppten. In den ersten Wochen nach Kriegsende hatten sie es neben aktiven Unterstützern des NS-Regimes insbesondere auf Offiziere des Amtes Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht und auf Jugendliche abgesehen, denen „Werwolf-Aktivitäten“ unterstellt wurden.<sup>31</sup> In den Erinnerungsberichten Betroffener werden zum Beispiel das Gut Ribbeck im Havelland und ein Wohnhaus in Saalow bei Zossen als Haftorte der Spionageabwehr erwähnt.

Weiterhin unterhielten zeitweise die zentrale Verwaltung Inneres der SMAD und die nachgeordneten SMA-Abteilungen Inneres auf Landesebene sechs Untersuchungsgefängnisse. Sie wurden im Zusammenhang mit einer internen Novellierung der Aufgabenschwerpunkte des SMAD-Bereichs Inneres, wozu nun auch die unmittelbare Anleitung der Entnazifizierungsmaßnahmen gehörte, im September 1946 eingerichtet. Die größte dieser Einrichtungen mit 49 Haftzellen befand sich in einem ehemaligen Mietshaus in Berlin-

28 Siehe ausführlich: Berlin-Brandenburgische Geschichtswerkstatt (Hg.): Prenzlauer, Ecke Fröbelstraße. Hospital der Reichshauptstadt, Haftort der Geheimdienste, Bezirksamt Prenzlauer Berg 1889-1989. Berlin 2006; Wild/Roder, Haus 3.

29 Nach der Freigabe durch die sowjetische Besatzungsmacht betrieb die SED in dem idyllisch gelegenen Haus jahrelang ein Schulungszentrum. Heute befindet sich dort die Pension „Haus am Dämeritzsee“.

30 Teile der 5. Stoßarmee übernahmen ab 10. Mai 1945 die Aufgaben der Garnison und Besatzungsmacht in der ehemaligen Reichsmetropole.

31 Z.B.: Hans-Jörg Wollin: Totgesagt und doch heimgekehrt. Ein authentischer Bericht. Berlin 2000, S. 7 ff. Siehe auch: Achim Kilian: Die Häftlinge in den sowjetischen Speziallagern der Jahre 1945-1950. Zusammenfassung des derzeitigen Kenntnisstandes hinsichtlich Zahl, Verbleib und Zusammensetzung nach Internierungsgründen, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.). Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. VI, Baden-Baden 1999, S. 440.



## Studien und Analysen 08/2017

Treptow in der Treptower Chaussee 49. Dem dortigen Gefängnischef unterstanden sieben Wärter und ein Dolmetscher.<sup>32</sup>

### **Haftbedingungen**

Das mobile NKWD-Gefängniswesen der Kriegszeit passte sich nur allmählich an die neue Situation im Okkupationsgebiet an. Im Sommer 1945 befand es sich in Berlin immer noch in der Aufbauphase. Die zunächst nur provisorisch hergerichteten KPS und Inneren Gefängnisse wiesen nicht nur gravierende Defizite hinsichtlich der Verwahrsicherheit auf, in ihnen herrschten auch katastrophale Haftbedingungen. Die für den Gefängnisbetrieb notwendigen Einrichtungen, Gegenstände und Bekleidungsstücke waren einfach nicht vorhanden. Dazu gehörten u.a. normale Schlafgelegenheiten in den Hafträumen, Waschmöglichkeiten, Kübel für die Notdurft, Hygieneutensilien, Leibwäsche zum Wechseln, Desinfektions- und Entlausungsanlagen und Freiganghöfe. Weitere Problemfelder waren der Haftsituation nicht entsprechende Oberbekleidung und Schuhwerk, unzulängliche Latrinen bzw. Toilettenanlagen sowie in Behelfskochstellen zubereitetes minderwertiges und nährstoffarmes Essen, für dessen Verteilung oft nur zweckentfremdete Gefäße und Behältnisse zur Verfügung standen. Im Krankheitsfall waren die Gefangenen meist sich selbst überlassen.

Für minimale Standards bei der Unterbringung, der Grundversorgung und Hygiene, der medizinischen Betreuung und den sanitären Einrichtungen, die eigentlich auch in den Untersuchungshaftanstalten der damaligen Sowjetunion üblich waren, mussten erst materielle, bauliche und organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden. Eine Normalisierung der chaotischen Zustände, die teilweise auch im Zusammenhang mit Zerstörungen und der allgemeinen Not- bzw. Ausnahmesituation in der unmittelbaren Nachkriegszeit standen, wurde in verschiedenen Fällen auch dadurch erschwert, weil Opergruppen auf der Suche nach passenden Gebäuden und bedingt durch die Räumung der westlichen Stadtbezirke mehrfach ihren Standort wechselten.

Neben den Material- und Versorgungsdefiziten sowie den fehlenden baulichen Voraussetzungen gab es offensichtlich auch keine die konkrete Sachlage im besetzten Gebiet berücksichtigenden zentralen Befehle und Weisungen für den Betrieb der Kellergefängnisse und die Verwahrung von Untersuchungsgefangenen. So hing letztendlich der Zustand der Haftanlage und der Umgang mit den Insassen zunächst weitestgehend von den willkürlichen Entscheidungen der zuständigen Offiziere der Opergruppen ab.

Die unsäglich schlechten Haftbedingungen führten im Sommer 1945 dazu, dass immer mehr Personen in die Speziallager kamen, die völlig verlaust, durch Unterernährung körperlich ausgezehrt oder insbesondere durch verschiedene Magen-Darm-Erkrankungen stark geschwächt waren. Einzelne Betroffene starben während des Transports oder unmittelbar nach der Aufnahme am neuen Haftort. Auffällig war auch die Zahl der eingelieferten Frauen und Männer, die lediglich saisonbedingte leichte Kleidung, die durch die Kellerhaft bereits stark mitgenommen war und das dazugehörige Schuhwerk trugen. Auch sie galten bei dem Lagerpersonal berechtigterweise als Risikogruppe für Erkrankungen in der bevorstehenden kalten Jahreszeit.

<sup>32</sup> Die KPS der Verwaltung bzw. Abteilungen Inneres wurden 1947 wieder aufgelöst. Sacharow/Filippowich/Heinemann, Materialien zur Geschichte, S. 73 ff.; Foitzik/Petrow, Geheimdienste, S. 35; Petrow, Geheimdienstmitarbeiter, S. 135;

## Studien und Analysen 08/2017

Erst jetzt, als sich die Lage in den „GPU-Kellern“ soweit zugespitzt hatte, dass von ihnen eine Gefahr für die Ausbreitung von Infektionserkrankungen oder gar von Epidemien in den Speziallagern ausging, ergriff der zentrale NKWD-Apparat in Deutschland vorbeugende und regulierende Maßnahmen, deren schrittweise Realisierung sich jedoch noch längere Zeit hinzog. Am 2. August 1945 unterschrieb der NKWD-Bevollmächtigte für Deutschland Generaloberst Iwan Serow eine Anordnung, in der er die Einrichtung von kleinen Küchen in den Untersuchungsgefängnissen der Opergruppen, deren Versorgung mit Lebensmitteln, die Einhaltung der vorgeschriebenen Verpflegungssätze sowie die Verabreichung von abgekochtem Wasser sowie Tee oder Kaffee anwies. Bereits zu Beginn des Sommers sah sich Generalmajor Sidnjew dazu genötigt, in seinem Berliner Verantwortungsbereich schnellstmöglich Veränderungen bei dem akuten Problem der Kleidung und dem Fehlen alltäglich benötigter Gebrauchsgegenstände und Sachen herbeizuführen. Sein Befehl vom 15. Juni 1945 legte fest, dass die Verhafteten durch den Zugriff auf deren persönliches oder auf konfisziertes Eigentum mit lebensnotwendigen Sachen, wie Unterwäsche, Schuhe, Oberbekleidung, Kopfbedeckung und Bettzeug auszustatten waren.

Etwa Anfang August 1945 veranlasste Serow die Ausarbeitung einer Gefängnisordnung, die am 26. September 1945 als „Vorläufige Instruktion“ in Kraft trat.<sup>33</sup> Sie regelte die Aufgaben, den Aufbau und das Regime der KPS und Inneren Gefängnisse. In dem Schriftstück war u.a. festgelegt, dass die Kelleretagen der Opergruppenstützpunkte oder andere geeignete Räumlichkeiten in Beschlag genommen und für die Unterbringung der Verhafteten hergerichtet werden sollten. Ausdrücklich wurden die Vergitterung der Zellen und deren Ausstattung mit verschließbaren Türen vorgeschrieben. Für diverse Um- und Einbauten in bereits vorhandene Hafteinrichtungen und die spezifische Einrichtung weiterer, neu beschlagnahmter Gebäude kamen zumeist deutsche Handwerkerfirmen zum Einsatz. Sie mussten u.a. die Kellerfenster bis auf kleine Luftlöcher zumauern, Zellenwände hochziehen sowie Schlosser-, Maler und Elektroinstallationsarbeiten ausführen. 1946 errichteten sie für die Wärmebehandlung der Häftlingskleidung außerdem spezielle Entlausungsanlagen.

Einige der Verhörzentralen mit Kellergewahrsam lagen in kleinen mit hohen Bretterwänden und Stacheldrahtverhauen von der Außenwelt abgetrennten Sperrgebieten. Dort befanden sich neben den Wohnungen bzw. Unterkünften der Opergruppenoffiziere, Dolmetscher und der Wachsoldaten mitunter auch Hundezwinger sowie kleine Stallanlagen mit Kühen, Schweinen und Geflügel für die Selbstversorgung der Geheimdienstler.

Die „Vorläufige Instruktion“ reglementierte auch den Umgang mit den Untersuchungsgefangenen. So hatte der Gefängnisleiter oder dessen diensthabende Gehilfen die Aufnahme der Festgenommenen persönlich durchzuführen. Nach einer Durchsichtung sollten den eingelieferten Personen alle persönlichen Gegenstände abgenommen werden. Für 15 bis 20 Haftzellen, in denen ständig das Licht zu brennen hatte, war ein aufsichtshabender Posten und ein weiterer Wärter für die Begleitung der Gefangenen zu Verhören und zum Freigang vorgesehen. Die strengen Vorschriften für die Häftlinge untersagten u.a. die Kontaktaufnahme mit Personen außerhalb der Zelle, die Störung der Zellenruhe, also lautes Reden, Schreien und Singen und den Zeitvertreib mit Karten- und anderen Glücksspielen. Das von den Zeitzeugen immer wieder erwähnte Liege- und Schlafverbot tagsüber nach

33 Peter Erler: „Vorläufige Instruktion“: Die Gefängnisordnung für die NKWD-Untersuchungshaftanstalt im besetzten Deutschland, in: ZdF, Ausgabe Nr. 28/2010, S. 44 ff.

## Studien und Analysen 08/2017

den stundenlangen Nachtverhören wurde offensichtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt eingeführt. Wie viele Zeitzeugen berichten, nahm das Gefängnispersonal die eigenen Dienstvorschriften jedoch nicht sonderlich genau und missachtete sie häufig zum Nachteil der Gefangenen.

Als Chronist der damaligen Haftzustände soll hier stellvertretend der Berliner Rechtsanwalt Werner Pünder zitiert werden. Er war allein in fünf der „für die Nachfolger der bolschewistischen Tscheka so charakteristischen fensterlosen, stinkenden und feuchten, trotz des sehr kalten Winters 46/47 meist ungeheizten Berliner Kellergefängnisse“ eingekerkert. Nach seinen Aufzeichnungen entfiel auf jeden Untersuchungsgefangenen „mitunter nur 1 qm Bodenfläche. Oft konnten wir uns wochenlang nicht einmal die Hände waschen. Es kam vor, dass 8 Wochen vergingen, ohne dass wir aus diesen Kellerlöchern auch nur für eine Minute an die Luft kamen. Es wimmelte von Wanzen, Läusen und Flöhen, sowie Ratten und Mäusen. Für die Nacht hatten wir hölzerne Pritschen, die aus rohen Brettern notdürftig zusammengehauen waren, ohne Strohsäcke oder gar Matratzen, ohne Kopfkissen, mit nur einer Decke. Die Verpflegung bestand aus einer Tagesration von 250 bis 300 gr vielfach schimmeligem oder klitschigem Brot ohne Belag, dünnen Wassersuppen und Kaffeeersatz. Die meisten Gefangenen litten unter Hungerödemen. [...] Eine gesundheitliche Betreuung war kaum vorhanden. In der Nacht wurde man häufig zu stundenlangen Vernehmungen in eiskalte Räume gebracht und war körperlichen Misshandlungen ausgesetzt.“<sup>34</sup>

Eigentlich sollte „physische Gewalt“ nach einer internen Anweisung des Zentralkomitees der sowjetischen kommunistischen Partei vom 10. Januar 1939 nur als Ausnahme zur Brechung widerständigen Verhaltens bei „aktive Feinde des sowjetischen Volkes“ angewandt werden.<sup>35</sup> In der Realität gehörten Fausthiebe und Stiefeltritte in alle Körperteile – auch bei Frauen – sowie andere Folterpraktiken bei den Verhören der sowjetischen Geheimdienstoffiziere jedoch zur Tagesordnung. Wie ehemalige Gefangene berichten, verwendeten ihre Peiniger u.a. Holz- und Gummiknüppel, Eisenstangen, Kabelenden, Riemen, Peitschen sowie Gewehrkolben und Pistolengriffe als Schlaginstrumente.<sup>36</sup> Weiterhin kamen brennende Zigaretten und Feuerhaken zum Einsatz. In einigen Berliner „GPU-Kellern“ wurde außerdem die Steh- und Wasserfolter praktiziert. Eine wahrscheinlich nicht mehr ermittelbare Anzahl von eingesperrten Personen kam in der Untersuchungshaft infolge von Misshandlungen sowie durch Verletzungen und Krankheiten um. Durch Zeitzeugenaussagen sind solche tragischen Vorkommnisse aus den Gewahrsamsorten in der Marienstraße, der Genslerstraße, der Magdalenenstraße und der Neue[n] Schönholzer Straße belegt.

Mit der Bewachung der 20 Berliner Opergruppen-Gefängnisse und der Haftenrichtungen des ZOS war das zunächst in Berlin-Hohenschönhausen und später – ca. ab 1948 – in Berlin-Biesdorf stationierte 105. Schützenregiment der Inneren Truppen des NKWD/MGB betraut.<sup>37</sup> Die Wachsoldaten waren zunächst für alle Postenbereiche innerhalb und außerhalb der einzelnen Objekte zuständig. Aus dem überlieferten Schriftgut des 105. Schützen-

34 Archiv für christlich-demokratische Politik, I-109, 001/1: Tagebuch von Werner Pünder.

35 Siehe Anhang 2.

36 Zu den Misshandlungen siehe zum Beispiel die Ausführungen von Joachim Giesicke, der im Sommer 1945 im Haftkeller in der Neue[n] Schönholzer Straße 34 festgehalten wurde: Joachim Giesicke: Zum Schweigen verurteilt. Tatsachenbericht eines deutschen Strafgefangenen in der Sowjetunion, o. O. 2002, S. 21 ff.

37 Foitzik/Petrow, Geheimdienste, S. 337.

## Studien und Analysen 08/2017

regiments ist ersichtlich, dass die Leiter der Wachkommandos die verantwortlichen Opergruppenoffiziere ständig zur Einhaltung der in der „Vorläufige Instruktion“ angeordneten Sicherheitsstandards anmahnen mussten. Ein Inspektionsbericht vom 31. Dezember 1945 moniert durchgehend u.a. immer noch instabile hölzerne Zellentüren, fehlende Schlösser, unzulängliche Vergitterungen der Fenster, für Gefangene zugängliche Lichtschalter sowie die Hafträume durchziehende Kabelleitungen, Heizungsstränge und Abwasserrohre.<sup>38</sup> Offensichtlich als eine Schlussfolgerung aus dieser Kritik übernahmen die Berliner Opergruppen etwa Anfang 1946 selbst die Wachaufgaben innerhalb ihrer Gefängnisse. Gleichzeitig verwehrten sie den Kontrolloffizieren des 105. Schützenregiments den weiteren Zugang zu den Hafträumen.<sup>39</sup>

Durch die eklatanten Mängel bei den Sicherungsvorrichtungen und durch Disziplinverstöße des Wachpersonals fanden immer wieder Fluchten und Ausbruchsversuche aus den „GPU-Kellern“ statt. Eine Massenflucht ereignete sich im Frühjahr 1946 aus der ehemaligen Kaserne des Kaiser-Alexander-Gardegrenadier-Regiments in der Kleine[n] Alexanderstraße 21-24 in Berlin-Mitte. Zu diesem Zeitpunkt waren in diesem Komplex neben der 1. und 2. Opergruppe des ZOS die Leitung der Berliner Schutzpolizei sowie eine Bereitschaftsinspektion der Polizei untergebracht. Auf dem Hof des Grundstücks Kleine Alexanderstraße 23 lagerte die deutsche Polizei im Auftrag der Kommandantur ca. 100 Tonnen aufgefundene Munition, Waffen und Blindgänger. Unmittelbar hinter der Mauer, an der diese Hinterlassenschaft des II. Weltkrieges aufgestapelt war, lag in der Kleine[n] Alexanderstraße 22 der eigenständige Sperrbereich der beiden Opergruppen mit zwei KPS. Durch die Spielerei mit einer Granate kam es am Morgen des 16. März 1946 zu einem gewaltigen Explosionsunglück, wobei alle umliegenden Gebäude zum Teil zerstört oder stark beschädigt wurden. Allein der Detonationskrater war 15 Meter breit und vier Meter tief. Zusätzlich begünstigt durch eine gewaltige Staubwolke und viele verletzte Wachposten gelang es im allgemeinen Chaos zunächst 30 Gefangenen, aus den sowjetischen Haftkellern zu entweichen. Die Flucht glückte jedoch nur sieben Personen. Die anderen wurden wieder eingefangen und in unversehrte Kellergefängnisse eingesperrt.<sup>40</sup> Andere dokumentierte Fluchtversuche, wie zum Beispiel aus dem Gefängnis Nr. 6 in der Magdalenenstraße, endeten durch tödliche Schußverletzungen.

### **Entwicklungen im Berliner Opersektor ab 1947**

Im Kontext mit der erwähnten Neuordnung der sowjetischen Geheimdienstlandschaft 1946/47 fanden weitere, Berlin betreffende Umgruppierungen und Veränderungen statt.<sup>41</sup> Sie führten insbesondere zur logistischen und territorialen Erweiterung sowie zur bedeutungsmäßigen Aufwertung des Geheimdienstsperrgebietes in der Freienwalder Straße/Genslerstraße im Stadtteil Hohenschönhausen. Wesentlichen Anteil daran hatte der erneu-

38 Ebenda, S. 242 ff.

39 Lediglich in den beiden Gefängnissen der 1. und 2. Abteilung des ZOS war das 105. Schützenregiment weiterhin für den inneren Wachdienst zuständig. Ebenda, S. 255.

40 Fiotzik/Petrow, Geheimdienste, S. 249-251; Michael Stricker: Letzter Einsatz. Im Dienst getötete Polizisten in Berlin von 1918 bis 2010 (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e. V., Bd. 11). Frankfurt 2010, S. 159 ff.

41 Der Leiter des Berliner MGB-Opersektors Generalmajor Sidnew wurde wegen „Unterschlagungen“ im Dezember 1947 aus Berlin abberufen und Ende Januar 1948 inhaftiert. Seinen Platz nahm Generalmajor Aleksej Wul ein.

## Studien und Analysen 08/2017

te Umzug des Berliner ZOS aus dem Stadtbezirk Mitte. Die ZOS-Leitung und weitere Abteilungen belegten ab April 1947 zwei Fabrikverwaltungsgebäude in der Freienwalder Straße 9-12 und 17-19.<sup>42</sup> Bereits im Herbst 1946 ordnete der MGB-Bevollmächtigte Kowaltschuk den Umzug der zu seinem Apparat gehörenden zentralen Ermittlungsgruppe (6. Abteilung) von Potsdam nach Berlin an. Im Kontext mit dieser Verlegung wurde das seit Juni 1945 bestehende Speziallager Nr. 3 auf dem Gelände der Großküche der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt in der heutigen Genslerstraße 66 im November 1946 aufgelöst und die Insassen in das Speziallager nach Sachsenhausen verlegt. In den Folgemonaten musste ein im Sperrgebiet verbliebenes Häftlingsarbeitskommando das ehemalige Küchengebäude in ein Untersuchungsgefängnis umbauen. Im Lagerkeller entstanden 66 unterschiedlich große Hafträume und zwei Arrestzellen mit 1,40 Quadratmetern Grundfläche. In zwei Dritteln der zunächst heizungs- und belüftungslosen bunkerartigen Kerkerverliese gab es kein Tageslicht. Der Zellentrakt wurde schließlich im Frühjahr oder Anfang Sommer 1947 in Betrieb genommen.<sup>43</sup> Zu den ersten Insassen gehörten Gefangene, die aus dem Kellerverlies in der Prenzlauer Allee und aus dem Inneren Gefängnis des Brandenburger MGB-Opersektors in der Potsdamer Lindenstraße dorthin verlegt wurden.<sup>44</sup> Das sogenannte U-Boot mit den dazugehörigen Büroräumen war die größte sowjetische Geheimdiensteinrichtung ihrer Art auf deutschem Boden. In der neuen Verhörzentrale, die vom Berliner Opersektor verwaltet wurde, wirkten Vernehmer aus dem Apparat des MGB-Bevollmächtigten und auch Ermittlungsoffiziere aus der 6. Abteilung des ZOS Berlin.

1947 wurde in einem ehemaligen Schulgebäude in der Albrechtstraße 26 in Berlin-Mitte ein weiteres Untersuchungsgefängnis in Betrieb genommen oder – was wahrscheinlicher ist – aus einem bisher unbekanntem Standort dorthin verlegt. Der erste Nachweis für eine Inhaftierung in diesem Objekt stammt vom März 1947. Ein heute noch lebender Zeitzeuge erinnert sich an Zellen mit Doppelstockpritschen im Keller und drei unterschiedlich große Stehkarzer. Vermutlich war dieser Haftort der 5. Abteilung des ZOS, welcher für die Spionageabwehr im Bereich der zentralen Stadtkommandantur zuständig war, unterstellt. Die Berliner Bevölkerung munkelte, dass auch im benachbarten Hochbunker Menschen eingekerkert waren. Sie bezeichnete dieses Gefängnis mit Bezug auf die in der unmittelbaren Nähe gelegenen Schumannstraße als „Schumannbunker“.

Einige Monate lang nahm die sowjetische Besatzungsmacht auch das Amtsgerichtsgefängnis in der Kissingenstraße in Berlin-Pankow in Beschlag. Auf Veranlassung von Generalmajor Sidnew mussten die deutschen Justizvollzugsbeamten und mit ihnen die einsitzenden Gefangenen das Gebäude Anfang Januar 1947 überraschend räumen. Gleichzeitig ordnete der Chef des Berliner Opersektors verschiedene Umbaumaßnahmen an. Wie bei den sowjetischen Hafteinrichtungen üblich, wurde der Komplex mit Stacheldrahtzäunen

42 Die 3. Abteilung – ursprünglich 1. Abteilung – des ZOS Berlin und das dazugehörige Untersuchungsgefängnis zog im Frühjahr 1947 aus der Marienstraße 23 und 30 in Berlin-Mitte wahrscheinlich in die Prenzlauer Allee 63 um.

43 Die Angaben der Zeitzeugen über den Eröffnungstermin widersprechen sich teilweise.

44 Dazu ausführlich: Peter Erler: Sowjetische Geheimdienststrukturen im Industriegebiet Berlin-Hohenschönhausen (Mai 1945 bis Frühjahr 1951). Zur Vorgeschichte, Entwicklung und Topographie des Sperrgebietes Freienwalder Straße/Genslerstraße (Beiträge, Quellen und Materialien zur Diktaturgeschichte, Bd. 1/2004). Herausgeber: Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

## Studien und Analysen 08/2017

und mit Scheinwerfer bestückten Wachtürmen umgeben.<sup>45</sup> In der Folgezeit diente er als temporärer Gewahrsamsort für den letzten Kommandanten des KZ Sachsenhausen, zwölf weitere SS-Angehörige aus seinem Stab, einen Zivilbeamten und für zwei ehemalige Funktionshäftlinge. Bei ihnen handelte es sich um die Angeklagten im sogenannten Sachsenhausenprozess, der vom 23. Oktober bis zum 1. November 1947 im Rathaus Berlin-Pankow stattfand.<sup>46</sup> Anfang 1948 zog sich der Berliner Opersektor wieder aus dem Gerichtsgefängnis Kissingenstraße zurück und überließ seine weitere Nutzung den deutschen Justizorganen.

Nach bisherigem Erkenntnisstand fanden ähnliche Bauaktivitäten wie in der Berliner Genslerstraße Ende 1946/Anfang 1947 auch im Potsdamer Militärstädtchen Nr. 7 statt. Dort wurde der bereits existierende Haftkomplex in der Leistikowstraße 1 und 2 zum zentralen Untersuchungsgefängnis (Untersuchungsisolator) der Verwaltung Spionageabwehr des MGB bei der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland umgestaltet.<sup>47</sup> Nach den Massenverhaftungen auf Grundlage des Befehls Nr. 00315 in den ersten Nachkriegsmonaten fand in den sowjetischen Gefängnissen ab 1946 ein Wechsel des Häftlingskontingents statt. Bereits Anfang des Jahres wurde die Inhaftierung von ehemaligen Block- und Zellenleitern der NSDAP eingestellt. Mit Funktionären aus anderen NS-Organisationen der gleichen Ebene stellten sie bis dahin zwei Drittel des Interniertenkontingents im Speziallager Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen. Im Vergleich mit der bisherigen NS-Belastung traten nun verstärkt aktuell politische Motive bei den Verhaftungen in den Vordergrund. Es wurden vorwiegend Personen festgenommen, die beschuldigt wurden „konterrevolutionäre Verbrechen“, wie z.B. Spionage, illegale Gruppenbildung und antisowjetische Propaganda begangen zu haben. In die Fänge des NKWD/MGB gerieten Frauen, Männer und Jugendliche die Widerstand gegen die „Sowjetisierung“ des politischen und gesellschaftlichen Lebens leisteten, in Opposition zu dem diktatorischen Anspruch der SED und ihrer ausländischen Schutzmacht standen, die „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ ablehnten oder einfach einer solchen Haltung verdächtigt wurden. In Berlin waren auch viele aktive Gegner der Zwangsfusion von KPD und SPD im Frühjahr 1946 betroffen. Zu den Verhafteten gehörten ab etwa 1947 weiterhin Liberaldemokraten, Parteigänger der CDU, Sozialdemokraten, Mitglieder antikommunistischer Gruppierungen und Organisationen aus Westberlin sowie Angehörige studentischer Widerstandsgruppen. Festgenommen wurden auch als unzuverlässig angesehene Mitglieder der SED und linker Splittergruppen.

### **Auflösung des Berliner MGB-Apparates 1950/51**

Die Gründung des ostdeutschen Teilstaates am 7. Oktober 1949 ging mit einem umfassenden Abbau der sowjetischen Verwaltungs-, Militär- und Geheimdienstapparate im Besat-

45 Zeitzeugenbericht, in: Sopade – Querschnitt durch Politik und Wirtschaft, Bd. 4/Juli 1947. Die baulichen Veränderungen in- und außerhalb des Gefängnisses mussten Häftlinge aus dem Haftarbeitslager des Berliner Opersektors in der Freienwalder Straße 17-19 in Berlin-Hohenschönhausen ausführen. Erlebnisbericht von Leo Wittchen vom 17. Februar 1947, Archiv der sozialen Demokratie, Ostbüro, 0419.

46 Davor – ab Sommer 1946 – wurden der KZ-Kommandant Anton Kaindl und andere Mitangeklagte im Kellergefängnis in der Prenzlauer Allee verhört. MfS HA IX/11 RHE 15/71, Bd. 2.

47 Siehe u.a.: Peter Erler: Das Gefängnis der sowjetischen Spionageabwehr in Potsdam, in: Deutschland Archiv 2009, H. 4, S. 622 ff.; Ines Reich/Maria Schultz (Hrsg.): Sowjetisches Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Potsdam, Berlin 2012.

## Studien und Analysen 08/2017

zungsgebiet einher. Ihre bisherige Dimensionierung war mit der Etablierung der DDR nicht mehr erforderlich.

In Berlin gab der MGB eine Reihe von Objekten auf. So sollten sich in der Zukunft jeweils zwei Stadtbezirksabteilungen einen Standort mit KPS teilen. Bereits im September 1949 zog die Abteilung Mitte zur Abteilung Prenzlauer Berg in den MGB-Komplex in der Prenzlauer Allee 63 um.<sup>48</sup> Anfang Oktober 1949 folgte die Abteilung Pankow. Sie wurde zur Abteilung Weißensee in das Fabrikgelände in der Metzstraße 77-81 verlegt. Auch hier fanden umfangreiche Baumaßnahmen zur Sicherung der Anlage statt. So erfolgten die Vergitterung weiterer Fenster sowie die Errichtung von zwei Wachhäuschen und eines über zwei Meter hohen Bretterzauns. Im November 1949 verließ die Abteilung Friedrichshain ihren bisherigen Stützpunkt und teilte sich in der Folgezeit mit der Abteilung Lichtenberg in der Schloßstrasse 4/Ecke Wilhelmstraße 30 die Räumlichkeiten.<sup>49</sup> Die Mitarbeiter der Abteilung Köpenick mussten erst im April 1950 die Umzugskisten packen. Sie wurde im Domizil der Abteilung Treptow in der Hasselwerderstraße 38-40 aufgenommen. Weitere Kaderreduzierungen und Änderungen der Organisationsstrukturen sowie die Neubestimmung von Tätigkeitsschwerpunkten machten schließlich den Berliner Opersektor als Leitungs- und Verwaltungsebene innerhalb des MGB überflüssig. Er stellte nach bisherigen Erkenntnissen Anfang August 1950 seine Tätigkeit ein. Die Weisungsbefugnis für die an vier Standorten konzentrierten acht operativen Bezirksabteilungen übernahm der im März 1950 zum MGB-Bevollmächtigten in Deutschland berufene Oberst Semjon Dawydow. Seinem Apparat wurde gleichfalls das „U-Boot“ in Berlin-Hohenschönhausen unterstellt.

Die Geschichte der „GPU-Keller“ endet in Berlin schließlich Anfang 1951. Zu diesem Zeitpunkt hatte das im Februar 1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR bereits wesentliche Repressionsaufgaben von seiner sowjetischen Partnereinrichtung übernommen. Die acht operativen Bezirksabteilungen mit den dazugehörigen Kellergefängnissen, die gerade vor einigen Monaten zusammenrücken mussten, stellten schrittweise ihre Tätigkeit ein. Im Januar 1951 räumten sie die von ihnen besetzten Grundstücke in den Stadtbezirken Lichtenberg, Prenzlauer Berg, Treptow und Weißensee. Parallel zur Auflösung der Operabteilungen rückte auch der MGB-Bevollmächtigte mit seinem Apparat aus den besetzten Gebäuden am Orankesee sowie aus der Freienwalder Straße und Genslerstraße in Berlin-Hohenschönhausen ab und zog sich in das Sperrgebiet Berlin-Karlshorst zurück. Die zentrale Untersuchungsabteilung „OS“ des Geheimdienstbevollmächtigten richtete ihren neuen Dienstsitz in Gebäudeteilen des ehemaligen St. Antonius-Krankenhauses in der Köpenicker Allee 39-57 ein. Für die Untersuchungsgefangenen wurde wieder ein Kellertrakt umgebaut.<sup>50</sup>

Die umgebaute Großküche, die fast vier Jahre als exponierte Haftstätte der sowjetischen Geheimpolizei diente, und die zweckentfremdeten, bis 1945 zumeist industriell genutzten

48 Offensichtlich in diesem Kontext führten bis Ende November 1949 deutsche Handwerker im Haus 3 der Prenzlauer Allee 63 umfangreiche Renovierungsarbeiten durch.

49 Nach Angaben eines sowjetischen Ingenieurs, der 1947 in den Westen überlief, verfügte das MGB im hiesigen Sperrgebiet „über genügend Gebäude in der Tiefe eines schattigen Gartens.“ Falsch ist jedoch seine Behauptung – welche heute immer noch unüberprüft zitiert wird –, dass sich in diesem Objekt die Zentrale des Berliner Geheimdienstes befand. Gregory Klimow: Berliner Kreml. Köln/Berlin 1953, S. 195/196.

50 Heute befindet sich in dem Komplex die Katholische Fachhochschule für Sozialwesen. Der ehemalige Zellentrakt beherbergt eine Bibliothek.

## Studien und Analysen 08/2017

Liegenschaften im Sperrgebiet Freienwalder Straße/Genslerstraße übergab die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) mit Wirkung vom 1. März 1951 offiziell an die Regierung der DDR.

Wie schon in den Jahren zuvor hinterließen die abziehenden MGBler und Wachsoldaten die von ihnen genutzten Gebäude mitunter in einem unwürdigen Zustand. Alles was brauchbar erschien – Toilettenschüsseln, Türschlösser und -klinken, Wasserhähne, Elektroanlagen, Treppengeländer, Fensterscheiben und Fensterflügel – wurden demontiert und abtransportiert. Häufig kam es zu mutwilligen Zerstörungen und Vandalismus. Die ehemaligen Wohngrundstücke und Mietshäuser konnten in der Regel wieder von den Alteigentümern übernommen und genutzt werden, wobei sie die Umbauten und entstandenen Schäden zum größten Teil auf eigene Kosten beseitigen mussten. Andere Immobilien und Gebäude wurden in Volkseigentum überführt oder unter Kontrolle der staatlichen Grundstücksverwaltung „Heimstätte Berlin“ gestellt.

In dem Maße, wie das MfS das MGB als politische Geheimpolizei in der DDR ablöste und in die entsprechenden Tätigkeitsfelder vorstieß, wuchs sein Bedarf an Diensträumen, an diversen Gebäuden und Grundstücken sowie speziell auch an geeigneten Objekten für die Unterbringung von Untersuchungsgefangenen. Im Rahmen dieser Entwicklung war es nur konsequent, dass die Stasi auch die von den „Sowjets“ geräumten Untersuchungszentralen und Kellergefängnisse übernahm und weiterbetrieb. So hieß es zum Beispiel in einem Schreiben des Bezirksamtes Lichtenberg vom 24. Februar 1951 bezüglich des ehemaligen MGB-Objekts Schloßstrasse/Ecke Wilhelmstraße: „Wie uns das Hauptamt Verwaltung der DDR mitteilt, hat die SKK in Deutschland das oben angeführte Grundstück am 25.1.1951 der Regierung der DDR übergeben. Das Grundstück ist mit Wirkung vom gleichen Tage dem MfS, Berlin-Lichtenberg, Normannenstraße Nr. 22, zur Verwaltung und Nutzung zugewiesen worden.“<sup>51</sup> In diesem Gebäude, an dessen Straßenfront die zugemauerten Kellerfenster mit winzigen Luftöffnungen noch heute gut sichtbar sind, befand sich dann viele Jahre die MfS-Kreisdienststelle Lichtenberg der Verwaltung Groß-Berlin bzw. Bezirksverwaltung Berlin. Der Berliner Stasi-Verwaltung wurde ebenso das Kellergefängnis im Haus 3 der Prenzlauer Allee 63 sowie die Gebäude in der Hasselwerderstraße 38-40 und in der Metzstraße 77-81 zur Verfügung gestellt. Das „U-Boot“ in Berlin-Hohenschönhausen übernahm 1951 der zentrale Apparat des Stasi-Ministeriums. Gleiches geschah 1950 mit dem bereits im November 1949 vom MGB verlassenen Gebäude Albrechtstraße 26.

Ab Frühjahr 1951 betrieb die sowjetische Besatzungsmacht in Berlin nur noch den neu eingerichteten Haftkeller im Sperrgebiet Karlshorst und das Gefängnis in der Lichtenberger Magdalenenstraße. In der letztgenannten Einrichtung verurteilte die sowjetische Militärjustiz zwischen 1950 und 1952 über siebenhundert Deutsche zum Tode durch Erschießen.<sup>52</sup> Im September 1953 übergab der Hohe Kommissar der UdSSR diese Haftanstalt an die

51 LAB, C Rep. 105, Nr. 19837.

52 „Erschossen in Moskau ...“ Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950-1953. Herausgegeben von Arsenij Roginskij, Jörg Rudolph, Frank Drauschke und Anne Kaminsky im Auftrag von Memorial International, Moskau, Facts & Files – Historisches Forschungsinstitut Berlin und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2005.



---

## Studien und Analysen

### 08/2017

---

DDR. Auch hier etablierte die Stasi ein Untersuchungsgefängnis von überregionaler Bedeutung.<sup>53</sup>

Das ehemalige St. Antonius-Krankenhaus diente nach bisherigen Erkenntnissen noch zwei weitere Jahre als Untersuchungshaftstätte für deutsche Zivilisten. Im Oktober 1955 verurteilte ein sowjetisches Militärtribunal schließlich zum letzten Mal einen DDR-Bürger zu einer mehrjährigen Haftstrafe.

*Peter Erler ist wissenschaftler Mitarbeiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen*

---

53 Zur Übergabe der MGB-Gefängnisse an das MfS siehe ausführlich: Peter Erler: Vom MGB zum MfS/SfS. Die Übernahme sowjetischer Haftorte und die Entwicklung des Gefängniswesens der DDR-Staatssicherheit in der ersten Hälfte der 1950er Jahre in Ostberlin. Eine chronologische Übersicht, in: ZdF, Ausgabe Nr. 33/2013, S. 36-56.

Studien und Analysen  
08/2017

**Anhang 1**

Eilt sehr!

Polizei-Inspektion-Spandau  
L – Kn/Schn.

---

Berlin-Spandau, den 27.6.45  
Radelandstraße 21  
Tel.: 42 30 28

An die  
Reviervorsteher sowie deren Stellvertreter  
der Polizeireviere Spandau

---

GEHEIM

Betr.: Kampf gegen den Faschismus.

Unser Kampf gegen den Faschismus und seine Überreste darf nie erlahmen.

Es ist notwendig, neben unseren allgemeinen polizeilichen Aufgaben diesen Vernichtungskampf gegen die faschistische Idee unerbittlich bis zu Ende durchzuführen. Dazu gehört neben der antifaschistischen ideologischen Einwirkung auf das deutsche Volk nach wie vor die Aufspürung der faschistischen Funktionäre aller Art sowie die Registrierung sämtlicher faschistischer Mitglieder.

Als Sofortmaßnahme befehle ich:

Die Ermittlung und Registrierung der folgenden Personen.

- 1) Führer der NSDAP sowie deren Gliederungen (Zellen-, Block-, Ortsgruppen-, Kreis-, Gau- und Reichsleiter)
- 2) Mitglieder und Funktionäre der SS restlos ohne Ausnahme.
- 3) SA- u. Volkssturmfunktionäre aller Gliederungen dieser Organisationen incl. NSKK, Reitersturm.
- 4) Bewachungspersonal der Gefängnisse, Konzentrationslager, Zuchthäuser und Kriegsgefangenen-Lager.
- 5) Richter, Staatsanwälte, sämtliche Gestapo-Beamten und Agenten.
- 6) Redakteure und Mitarbeiter faschistischer Zeitungen sowie Schriftsteller und verantwortliche Personen der Literatur und faschist. Kunst.
- 7) Alle Wehrmachtsoffiziere vom Leutnant aufwärts.
- 8) Agenten und Spione, die im Dienste der faschistischen Regierung und ihrer Organe im Ausland gearbeitet haben und z. Zt. wieder zurückgekehrt sind.

Studien und Analysen  
08/2017

- 9) Emigranten aus den östlichen Ländern, die im Dienste des Faschismus ihr Handwerk ausgeübt haben und sich z. Zt. noch hier aufhalten.
- 10) Sämtliche Soldaten und Offiziere der früheren „Wlassow-Armee“

Alle diejeniegen o.a. Personen, gegen die konkret belastendes Material vorliegt, sind unter Beifügung des Materials sofort zu verhaften und der Inspektion zuzuführen.

Neben diesen Feststellungen und Festnahmen sind Restaurants und Vergnügungsstätten sowie die Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften zu überwachen und festzustellen, was im einzelnen dort gesprochen wird.

Personen, die faschistische oder faschistisch ähnliche Äusserungen machen, sind sofort festzustellen und bei Verdunkelungsgefahr oder Fluchtversuch festzunehmen.

Ich lege den grössten Wert darauf, dass alle noch aktiven Elemente des Faschismus unschädlich gemacht werden.

Ich hoffe, dass die gesamte Polizei in den nächsten Tagen auf diesem Gebiet restlos eingespannt wird.

Verteiler:

Reviere = 11  
Krim.Pol. = 1  
H. Dobrunz = 1  
H. Saydowski = 1  
Sekret. = 1

Leiter der Polizei-Inspektion Spandau  
(*Stempel des Fahndungsdienstes*)  
(*Unterschrift*)

*Quelle: Landesarchiv Berlin, F Rep. 280.*

## Studien und Analysen 08/2017

### Anhang 2

Aus einem Geheimvortrag des Ministers der Staatssicherheit der UdSSR, Wiktor Abakumow, vor Josif Stalin über die beim MGB praktizierten Verhörmethoden, 17. Juli 1947

[...]

4. Beim Verhör des Verhafteten bemüht sich der Vernehmer, von diesem wahrhaftige und aufrichtige Aussagen zu erhalten, die nicht nur auf die Feststellung der Schuld des Verhafteten selbst zielen, sondern auch auf die Enthüllung all seiner verbrecherischen Kontakte, ebenso der Personen, die seine verbrecherische Tätigkeit angeleitet haben sowie ihres feindlichen Gedankengutes. Mit diesem Ziel bietet der Vernehmer in den ersten Verhören dem Inhaftierten an, offen über alle verübten Verbrechen gegen die Sowjetmacht auszusagen und all seine verbrecherischen Kontakte offenzulegen; während dieser Zeit werden die Beweismaterialien, die gegen ihn [den Inhaftierten – P.E.] existieren, im Interesse der Untersuchung nicht vorgelegt. Dabei studiert der Vernehmer den Charakter des Inhaftierten; einerseits bemüht er sich, ihn durch Erleichterungen des Haftregimes für sich einzunehmen, in dem er die Übergabe von Lebensmitteln durch Angehörige ermöglicht, das Lesen von Bücher erlaubt, die Freigänge verlängert usw., andererseits verstärkt er den Druck auf den Inhaftierten, indem er ihn auf die strenge Verantwortung für die von ihm verübten Verbrechen im Falle des Nichtanernehmens der Schuld hinweist; schließlich wird die Methode der Überzeugungsarbeit angewandt, unter Ausnutzung der religiösen Überzeugungen des Inhaftierten, den familiären und persönlichen Bindungen, Ehrgefühl, Eitelkeit usw.

Wenn der Inhaftierte keine aufrichtigen Aussagen macht und bei den gestellten Fragen vor direkten und wahrhaftigen Antworten zurückweicht, verwendet der Vernehmer im Sinne des Drucks auf den Inhaftierten kompromittierende Informationen aus dem Vorleben und der Tätigkeit des Inhaftierten, die den Organen des MGB zur Verfügung stehen und die der Inhaftierte verheimlicht.

Manchmal erinnert der Vernehmer den Inhaftierten an verschiedene intime Einzelheiten aus seinem Privatleben, an Laster, die er vor seiner Umgebung verbirgt etc., um den Inhaftierten zu überlisten und bei ihm den Eindruck zu erzeugen, dass die Organe des MGB über alles Bescheid wissen. [...]

7. Gegenüber denjenigen Inhaftierten, die sich den Anforderungen des Ermittlungsverfahrens hartnäckig widersetzen, sich provokativ verhalten und mit allen Mitteln versuchen, die Ermittlungen zu verschleppen oder vom richtigen Weg abzubringen, werden strenge Arrestmaßnahmen angewandt. Zu diesen Maßnahmen gehören:

- a) Überführung in ein Gefängnis mit schärferem Haftregime, wo die Schlafzeit gekürzt und die Existenz des Inhaftierten in Sachen Ernährung und anderer Alltagsbedürfnisse verschlechtert ist;
- b) Unterbringung in Einzelhaft;
- c) Streichung des Freigangs, der Lebensmittelübergabe und des Lesens von Büchern;

---

## Studien und Analysen

### 08/2017

---

d) Überführung in den Karzer bis zu einer Frist von 20 Tagen.

Anmerkung: Im Karzer befinden sich außer einem am Boden angeschraubten Hocker und einer Schlafstelle ohne Bettzeug keine anderen Gegenstände; die Schlafstelle wird für sechs Stunden innerhalb von 24 Stunden zur Verfügung gestellt; den Häftlingen, die im Karzer festgehalten werden, erhalten am Tag nur 300g Brot und heißes Wasser und einmal in drei Tagen heiße Nahrung; Rauchen ist im Karzer verboten.

8. Im Zusammenhang der Ermittlungen zur Entlarvung von Spionen, Diversanten, Terroristen und anderen aktiven Feinden des sowjetischen Volkes, die unverfroren die Preisgabe ihrer Komplizen verweigern und keine Aussagen über ihre verbrecherischen Aktivitäten machen, wenden die Organe des MGB in Übereinstimmung mit der Anweisung des ZK der KPdSU(b) vom 10. Januar 1939 Maßnahmen physischer Gewalt an [...].

*Quelle: Zeitschrift „Quelle“ 1994. Nr. 6, S. 112-114 (russisch).*

## Studien und Analysen 08/2017

### Anhang 3

#### **Standorte der Berliner NKWD-Opergruppen bzw. MGB-Stadtbezirksabteilungen und der dazugehörigen Gefängnisse 1945-1951**

(Fragliche oder nicht verifizierbare Angaben aus russischen Quellen in kursiver Schrift)

#### **Opergruppe Nr. 1/Abteilung Mitte**

Gebildet am 22.04.1945, 20.11.1946 Abteilung MGB Mitte, Anfang 1951 aufgelöst

- Oderberger Straße 24-25 (Gebäude der Feuerwehr), Prenzlauer Berg  
Mai bis Ende Juni 1945
- Kleine Alexanderstraße 21-24 (Gebäude Polizeipräsidium), Mitte  
Anfang Juli 1945 bis März 1946
- Gleimstraße 21, Prenzlauer Berg (Wohnhaus)  
März bis Juli 1946
- Am Kupfergraben 7 (Magnushaus), Mitte  
Juli 1946 bis September 1949
- Prenzlauer Allee 63/Ecke Nordmarkstraße 17, (heute Fröbelstraße 17), Haus 3, Prenzlauer Berg  
September 1949 bis Anfang 1951

#### **Opergruppe Nr. 2/Bekämpfung Banditentum/Opergruppe Nr. 2**

Gebildet am 22.04.1945, Arbeitsaufnahme am 02.05.1945, aufgelöst am 25.06.1945, der Arbeitsbereich wurde an die Opergruppe Nr. 7 übergeben, als Opergruppe Bekämpfung Banditentum am 26.12.1945 neu gebildet, Anfang Februar 1946 Umbenennung in Opergruppe Nr. 2, ab Ende Dezember 1946 nicht mehr erwähnt, vermutlich Januar 1947 aufgelöst

- Wilhelmstraße 2 oder 30, Mitte (für Tiergarten)  
Mai bis Juni 1945
- Kleine Alexanderstraße 21-24, Mitte  
Dezember 1945 bis 1946

#### **Opergruppe Nr. 3**

Gebildet am 22.04.1945, im August 1945 aufgelöst, Neubildung am 19.03.1946 durch Umbenennung der Opergruppe Nr. 8, Auflösung Juli 1946

- Müllerstraße 126 oder 128, Wedding  
Mai 1945 bis 29. Juni 1945

## Studien und Analysen 08/2017

- Berliner Straße 24, Pankow  
29. Juni bis August 1945
- Falkensee, Kantstraße 72  
März bis Juli 1946

### **Opergruppe Nr. 4/Abteilung Prenzlauer Berg**

Gebildet am 22.04.1945, 20.11.1946 Abteilung MGB Prenzlauer Berg, aufgelöst Anfang 1951

- Prenzlauer Allee 63/Ecke Nordmarkstraße 17, (heute Fröbelstraße 17), Haus 3, Prenzlauer Berg  
Mai 1945 bis Anfang 1951

### **Opergruppe Nr. 5/Abteilung Friedrichshain**

Gebildet am 22.04.1945, 20.11.1946 Abteilung MGB Friedrichshain, aufgelöst Januar 1951

- Gärtnerstraße 6, Friedrichshain (Wohnhaus)  
Mai bis Juni 1945
- Holteistraße 26-30, Friedrichshain (Wohnhaus)  
Juli 1945 bis 28.11.1949
- Schloßstrasse4/Ecke Wilhelmstraße 30 (heute Am Tierpark 29/Ecke Alfred-Kowalke-Straße 30), Friedrichsfelde, Lichtenberg (Verwaltungsgebäude)  
28.11.1949 bis Januar 1951

### **Opergruppe Nr. 6**

Gebildet am 22.04.1945, aufgelöst im November 1945, Neubildung im März 1946 durch Umbenennung der Opergruppe Nr. 11, aufgelöst am 20.11.1946

- *Flanzinstraße 26*, ev. Fidicinstraße, Kreuzberg  
Mai bis Juni 1945
- *Werk Wassergasse*, ev. Wassergasse, Mitte  
04. bis 25.07.1945
- Treptower Chaussee 49 (heute Puschkinallee 49) (der Eingang befand sich Am Treptower Park 27), Treptow (Wohnhaus)  
25. Juli bis Nov. 1945
- Am Kupfergraben 7, Mitte  
März bis Juli 1946
- Gleimstraße 21, Prenzlauer Berg (Wohnhaus mit Geschäftsräumen)  
Juli bis August 1946

## Studien und Analysen 08/2017

- Elsässerstraße 8, (heute Torstraße 141) Mitte (Wohnhaus und Gewerberäume)  
August bis 20.11.1946

### **Opergruppe Nr. 7**

Gebildet am 22.04.1945, Arbeitsaufnahme am 27.04.1945, September 1945 Umbildung in 1. Abteilung ZOS, Neubildung im 20.02.1946 durch Umbenennung der Opergruppe Nr. 12, aufgelöst August 1946

- Kaiserdamm 1, Charlottenburg (Polizeiamt)  
April bis Juni 1945
- Marienstraße 23 und 30 (Wohnhaus, Gewerberäume)  
Juni bis September 1945
- Kleinmachnow, *Schießbergstraße 21*  
20.02 bis August 1946

### **Opergruppe Nr. 8**

Gebildet am 22.04.1945, Arbeitsaufnahme am 27.04.1945, im März 1946 umgewandelt in Opergruppe Nr. 3

- Falkenhagener Straße 33, Spandau  
27. April 1945 bis 29. Juni 1945
- Falkenhagener Straße 53, Falkensee  
29. Juni 1945 bis März 1946

### **Opergruppe Nr. 9 (Wilmerdorf)**

Gebildet am 22.04.1945, Arbeitsaufnahme am 27.04.1945, September 1945 Zusammenlegung mit der Opergruppe Nr. 8, erneut eingerichtet am 20.03.1946 durch Umbenennung der Opergruppe Nr. 20, Auflösung am 25.07.1946

- Kaiserallee 89 (heute Bundesallee 89), Friedenau, Schöneberg (Stammsitz der Askania-Werke AG)  
28. April bis Juni 1945
- Groß Glienicke  
Juli bis September 1945
- Glienicke/Nordbahn, Hohenzollernstraße 151 o. 157, dann *Linienstraße 55*  
20.03. bis 25.07.1946

### **Opergruppe Nr. 10**

Gebildet am 22.04.1945, Arbeitsaufnahme am 04.05.1945, Auflösung November/Dezember 1946



## Studien und Analysen 08/2017

- Kronprinzenallee 350, (heute Clay Allee), Nikolassee, Stadtbezirk Zehlendorf  
04.05. bis 29.06.1945
- Teltow  
29.06. bis Anfang August 1945
- Magdalenenstraße 11, Lichtenberg (Wohnhaus)  
Anfang August bis September/Okttober 1945
- Freienwalder Straße 17-19, Hohenschönhausen, Lichtenberg (Verwaltungsgebäude  
einer Fabrik)  
September/Oktober 1945 bis etwa Dezember 1946

### **Opergruppe Nr. 11**

Gebildet am 22.04.1945, März 1946 umbenannt in Opergruppe Nr. 6

- Hauptstraße 125 und 40, Friedenau, Schöneberg  
Mai bis Ende Juni 1945
- Berlin-Mitte, Am Kupfergraben 7  
30.06.1945 bis März 1946

### **Opergruppe Nr. 12**

Gebildet am 22.04.1945, Arbeitsaufnahme am 27.04.1945, am 20.02.1946 umbenannt in Opergruppe Nr. 7

- Lepsiusstraße 104, Steglitz (Wohnhaus)  
27. April 1945 bis Ende Juni/Anf. Juli 1945
- unbekannter Standort  
Ende Juni/Anf. Juli 1945 bis 21.08.1945
- Teltow, Fritz-Reuter-Straße, dann *Agentstraße*, ev. Arndtstraße, dann Hauffstraße 43,  
Stadtteil Seehof  
21.08.1945 bis 20.02.1946

### **Opergruppe Nr. 13**

Gebildet am 22.04.1945, aufgelöst im August 1945

- Kaiserin-Augusta-Straße 53, Tempelhof  
April/Mai bis Juni 1945
- Mahlow, Blücherstraße 10  
01.07. bis August 1945

### **Opergruppe Nr. 14**

## Studien und Analysen 08/2017

Gebildet am 22.04.1945, aufgelöst im August 1945

- Schönstedtstr. 17, Neukölln (Seitenflügel des Amtsgerichtsgebäudes Neukölln)  
April/Mai bis Ende Juni/Juli 1945
- Treptow, *Am Treptower Park 4*, vermutlich Treptower Chaussee 49 (heute Puschkinallee 49)  
August 1945

### **Opergruppe Nr. 15/Abteilung Treptow**

Gebildet am 22.04.1945, 20.11.1946 Abteilung MGB Treptow, Anfang 1951 aufgelöst

- Marientaler Straße 4, Britz, Neukölln oder Baumschulenweg, Treptow  
Mai bis 29.06.1945
- Hasselwerderstraße 38-40, Niederschöneweide, Treptow  
29.07.1945 bis Anfang 1951

### **Opergruppe Nr. 16/Abteilung Köpenick**

Gebildet am 22.04.1945, 20.11.1946 Abteilung MGB Köpenick, Anfang 1951 aufgelöst

- Hasselwerderstraße 38-40, Niederschöneweide, Treptow (Fabrikantenvilla)  
Mai bis Juni 1945
- Elisabethstraße 23 (heute Pohlestraße 13), Köpenick (Gastwirtschaft)  
01.07. bis Ende Sept. 1945
- Charlottenstraße 18, Köpenick (Wohnhaus)  
September 1945 bis 29.04.1947
- Wilhelm-Bölsche-Straße 110 (heute Bölschestraße 110) (Wohnhaus)  
29.04.1947 bis 30.10.1949
- Luisenstraße 27, ?  
30.10.1949 bis 15.04.1950
- Hasselwerderstraße 38-40, Niederschöneweide, Treptow  
15.04.1950 bis Anfang 1951

### **Opergruppe Nr. 17/Abteilung Lichtenberg**

Gebildet am 22.04.1945, am Januar 1951 aufgelöst

- Miquelstraße 1 (heute Zachertstraße 2), Lichtenberg (Wohnhaus)  
April/Mai 1945
- Walderseestraße 22, (Archenholdstrasse 39), Berlin-Friedrichsfelde, Lichtenberg (Wohnhaus)  
Juni bis August 1945

## Studien und Analysen 08/2017

- Schloßstrasse4/Ecke Wilhelmstraße 30 (heute Am Tierpark 29/Ecke Alfred-Kowalke-Straße 30), Friedrichsfelde, Lichtenberg  
Sept. 1945 bis Jan. 1951

### **Opergruppe Nr. 18/Abteilung Weißensee**

Gebildet am 22.04.1945, 20.11.1946 Abteilung MGB Weißensee, Januar 1951 aufgelöst

- Lemgoer Straße 4-6, Weißensee (Wohnhaus)  
Mai 1945 bis Ende 1947
- Metzstraße 77-81 (ab 1951 Gounodstraße 49-57), Weißensee  
Jan. 1948 bis Januar 1951 (Verwaltungsgebäude einer Fabrik)

### **Opergruppe Nr. 19/Abteilung Pankow**

Gebildet am 22.04.1945, 20.11.1946 Abteilung MGB Pankow, Januar 1951 aufgelöst

- Neue Schönholzer Straße 34, Pankow  
Mai 1945 bis 1949
- Metzstraße 77-81 (ab 1951 Gounodstraße 49-57), Weißensee  
1949 bis Januar 1951

### **Opergruppe Nr. 20**

Gebildet am 22.04.1945, am 20.03.1946 in Opergruppe Nr. 9 umbenannt

- Alt-Tegel 10, Tegel, Reinickendorf  
Mai bis 25. Juni 1945
- Glienicke/Nordbahn, *Hohefeldstraße 157 oder Hohenzollernstraße 157*  
25. Juni 1945 bis 20.03.1946